

Terrorismus und Geostrategie

Begriffsbestimmung

„Wir werden die Fähigkeit entwickeln, zur Energiesicherheit beizutragen einschließlich des Schutzes wichtiger Energie-Infrastruktur, der Transit-Gebiete und Transportlinien.“¹ Dass die NATO auf ihrem Gipfel in Lissabon (November 2010) die schon in ihrem Strategischen Konzept von 1999 beschlossene weltweite und nicht auf die Bündnisgrenzen beschränkte Zuständigkeit nochmals mehrfach unter den verschiedensten Punkten betonte, ergibt sich als Selbstverständlichkeit aus dem Anspruch der weltweiten Energiesicherung. „Energiesicherheit“, also die Zufuhr der knapper werdenden Kohlenwasserstoffe in die industriellen Zentren der westlichen Welt, beschränkt sich nicht auf die politische und ggf. militärische Kontrolle der Lagerstätten, sondern in wachsendem Maße auf die Transportwege von Öl und Gas. Nicht zufällig schreibt Frederick Starr, Leiter des Kaukasus-Instituts der Johns Hopkins University: „Wer bestimmen kann, wie die Pipeline-Karte aussieht [...] wird die Zukunft eines riesigen Teil der Welt bestimmen.“²

Nun soll hier nicht die These vertreten werden, dass die Sicherung der Energiezufuhr alleiniges Motiv außenpolitischen Handelns sei, aber: sie wird im Zeitpunkt von Peak Oil zunehmend wichtiger und hat die Geostrategie wieder in den Vordergrund der Politik gerückt. Die Sicherung der Handelswege als Aufgabe nationaler Politik wurde in Deutschland offiziell bereits vom damaligen Verteidigungsminister Volker Rühle am 26. November 1992 in den Verteidigungspolitischen Richtlinien als Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik festgeschrieben. Dieses Politikziel findet sich genauso in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) vom Dezember 2003 und im Verteidigungsweißbuch der Bundeswehr von 2006. Der zurückgetretene Bundespräsident Köhler hat mit seiner Übersetzung dieser strategischen Grundsätze in volkstümliches Deutsch also keineswegs Neues gesagt. Dass solche Äußerungen gegen einschlägige Festlegungen des Grundgesetzes verstoßen, hätten seine plötzlichen Kritiker allerdings schon vor Jahren anprangern müssen.

Was aber ist Terrorismus? Seit vielen Jahren arbeiten unterschiedliche Gremien der UN daran, eine verbindliche Definition zu formulieren. All diese Versuche sind bisher daran gescheitert, dass es nicht gelang, eine Definition zu entwickeln, die (illegitimen) Terrorismus von (legitimer) Gewaltanwendung etwa durch Befreiungsbewegungen unterscheidet. Als brauchbare Definition soll hier diejenige verwendet werden, die vom High Level Panel on Threats and Challenges der UN-Generalversammlung vorgeschlagen wurde.³ Dieses Gremium war vom damaligen

¹ Strategisches Konzept der NATO: Lisbon Summit Declaration „Strategic Concept For the Defence and Security of The Members of the North Atlantic Treaty Organisation“, beschlossen in Lissabon von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, am 20. Nov. 2010. <http://www.nato.int/lisbon2010/strategic-concept-2010-eng.pdf> [22-11-10].

² <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Kaukasus/pipeline.html> [18-02-11]

³ Vereinte Nationen, Generalversammlung, A/59/565, 2. Dez. 2004. Darin heißt es: „Die Definition des Terrorismus sollte die folgenden Elemente enthalten:

a) die Anerkennung [...] dass die Anwendung von Gewalt durch einen Staat gegen Zivilpersonen durch die Genfer Abkommen und andere Übereinkünfte geregelt wird und dass diese Gewalt, wenn sie entsprechende Ausmaße annimmt, ein von den betreffenden Personen begangenes Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt; [...]

UN-Generalsekretär Kofi Annan eingesetzt worden, um einen Vorschlag zur Reform der Vereinten Nationen zu entwickeln. Nach dieser Definition ist Terrorismus die gezielte Anwendung von Gewalt gegen Zivilisten mit dem Ziel, Bevölkerungen oder Regierungen zu bestimmtem Handeln zu veranlassen. Konsequenterweise erstreckt sich solche Definition auch auf die Staaten selbst: Auch staatliche Akteure können also (staats-) terroristische Handlungen begehen.

Terror als systematisches Mittel zur Beeinflussung der Bevölkerung war erstmals von Robespierre zur Maxime staatlichen Handelns erhoben worden.⁴ Inhärenter Teil von Terror ist die Folter. Sie dient in der Moderne keineswegs, wie noch immer oft behauptet, der Informationsgewinnung, sondern ist zentrales Element der als „Counterinsurgency“ bezeichneten psychologischen Kriegsführung mit dem Ziel, den Widerstandswillen der Bevölkerung zu brechen. Dies hat Marnia Lazreg in einer brillanten Studie ebenso herausgearbeitet wie die Tatsache, dass die Sexualisierung der Folter geradezu zwingender Bestandteil dieser auf die Terrorisierung der Bevölkerung gerichteten Praktiken sein muss.⁵ Die systematische Praxis der Folter führt so geradewegs von Algerien über Argentinien und Chile nach Abu Ghraib, Bagram, Guantanamo ...⁶

Wie grauenhaft auch immer die Anschläge des 11. September 2001 gewesen sind, als Begründung für den von George W. Bush verkündigten Krieg gegen den Terror waren sie geradezu ein Geschenk des Himmels. Dass die Kriege in Afghanistan, Irak und anderswo mit Hunderttausenden von Toten unter der Zivilbevölkerung durchaus in der Tradition des „Counterinsurgency“ stehen und bei nur etwas genauerem Hinsehen den Tatbestand des Staatsterrorismus erfüllen, scheint unvermeidlicher Bestandteil des „War on terror“ zu sein. Es ist einer der Kunstgriffe unserer Regierenden und der Medien, den Begriff des Terrors stets nur den Anderen zuzuschreiben. Dadurch gelingt es, diese zu kriminalisieren und moralisch zu verurteilen, eigene extralegale Handlungen wie gezielte Tötungen, die Anwendung von Folter oder den Mord durch Waffengewalt dagegen als „Kollateralschäden“ zu entkriminalisieren.

Der Zusammenhang zwischen Energiesicherung, Erscheinungsformen politischer Gewalt und militärischer Gewaltanwendung soll im Folgenden im euro-asiatischen und im afrikanischen Raum untersucht werden. Lateinamerika bleibt hier unberücksichtigt, da es eine eigene spezifische Komplexität besitzt und da dort – abgesehen von Diversifizierungsversuchen im Außenhandelsbereich Venezuelas – letztlich noch immer die Monroe-Doktrin (1823) gilt, die den lateinamerikanischen

d) die Beschreibung des Terrorismus als "jede Handlung, zusätzlich zu den bereits in den bestehenden Übereinkommen über bestimmte Aspekte des Terrorismus, den Genfer Abkommen und der Resolution 1566 (2004) des Sicherheitsrats umschriebenen Handlungen, die den Tod oder eine schwere Körperverletzung von Zivilpersonen oder Nichtkombattanten herbeiführen soll, wenn diese Handlung auf Grund ihres Wesens oder der Umstände darauf abzielt, die Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen".

⁴ Ruf, Werner: Politischer Islam – eine Befreiungsideologie? In: ÖSFK/Ronald Tuschl (Hrsg.): Der Krieg der Armen? Der internationale Terrorismus in der Neuen Weltordnung, Münster 2005, S. 107 – 120.

⁵ Lazreg, Marnia: *Torture and the Twilight of Empire*, Princeton University Press.

⁶ Als einer der wichtigsten Theoretiker der Folter gilt Oberst Roger Trinquier, der während des Algerienkrieges zahlreiche „wissenschaftliche“ Arbeiten zum Thema publizierte und in den oben genannten Ländern teils selbst lehrte, teils mit seinen Arbeiten Grundlagen für einschlägige Unterrichtseinheiten der US-War-Academy lieferte.

„Hinterhof“ als uneingeschränktes Interessengebiet der USA erscheinen lässt. Die jüngste Dynamik der Ressourcensicherung im eurasischen und afrikanischen Raum dürfte auch durch die Herausbildung einer multipolaren Welt bedingt sein und beschleunigt werden, die das Ende der US-amerikanischen Hegemonie einleiten könnte.

Der eurasische Raum

Relativ unspektakulär wird derzeit der Bau der Erdgas-Pipeline „Northstream“ vom russischen St. Petersburg nach Deutschland/Westeuropa vorangetrieben. Aufsichtsratsvorsitzender ist Gerhard Schröder, die wichtigsten Aktionäre sind Gazprom, E.ON und BASF. Der ungestörte Energiefluss nach Deutschland und Westeuropa ist für die Streckenführung entscheidend: die Pipeline vermeidet ukrainisches und weißrussisches Territorium ebenso wie das der neuen NATO- und EU-Mitglieder Estland, Lettland, Litauen und Polen. Etwaige politische Spannungen zwischen diesen Staaten und Russland können somit die Energieversorgung Westeuropas nicht beeinflussen.

Als Gegenstück zu „Northstream“ plant Russland derzeit den Bau einer gigantischen Pipeline mit dem Namen „Southstream“. Sie soll Gas aus den riesigen Feldern Kasachstans, Usbekistans und Turkmenistans vom aserbeidschanischen Baku am Kaspischen Meer über Dagestan, Tschetschenien und Russland durchs Schwarze Meer und weiter über Bulgarien, Serbien und Ungarn in die Nähe von Wien und Prag führen. In Konkurrenz zu dieser Planung steht das von der EU zu finanzierende Projekt „Nabucco“, dessen Kosten derzeit auf rund zehn Mrd. € veranschlagt werden. Der Bau sollte im Jahre 2010 beginnen, aber bisher ist die Finanzierungsfrage noch nicht voll geklärt. Diese Pipeline, die jährlich rund 31 Mrd. Kubikmeter Gas nach Westeuropa transportieren soll, wird gewissermaßen parallel zu „Southstream“ verlaufen, allerdings über Georgien, die Türkei und Bulgarien unter Vermeidung serbischen Territoriums, und gleichfalls bei Wien und Prag enden. Jenseits der für beide Projekte nicht endgültig geklärten Finanzierungsprobleme zeigt sich ein ganzes Knäuel politischer und geopolitischer Probleme:

- Beide Projekte suchen einen Streckenverlauf, der von den jeweiligen Akteuren derzeit als politisch relativ „sicher“ eingestuft wird: Russland führt die Strecke so lange wie möglich auf eigenem und serbischem Territorium, vermeidet abermals ukrainisches Gebiet, muss aber den Weg über die prowestlichen Staaten Bulgarien und Ungarn nehmen. „Nabucco“ verfolgt dieselbe Strategie, indem es den Weg zum Ziel über Georgien, das NATO-Mitglied Türkei, die EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien sowie das NATO-Mitglied Ungarn nimmt und serbisches Territorium vermeidet.
- Die Streckenführungen erklären die geostrategische Bedeutung Georgiens, das von „Northstream“ umgangen wird, aber im Zentrum von „Nabucco“ liegt. Das ist ein Grund für das Drängen der USA, diesen Staat in die NATO aufzunehmen: die daraus resultierenden besonderen Beziehungen zwischen Tiflis und Washington würden es den USA, die politisch „Nabucco“ unterstützen, auch erlauben, ihre Hand am Gasfluss nach Europa zu haben, zugleich soll Russland als wichtigster Gasversorger Europas zurückgedrängt werden. Es ist kaum auszudenken, welche Konsequenzen der georgische Angriff auf das halb-autonome Südossetien vom August 2008 (und die harte militärische Reaktion Russlands) hätte haben können, wäre die Diktatur Sakaschwilis damals schon Mitglied der NATO gewesen.

- Kompliziert werden beide Vorhaben durch eine Reihe anderer Faktoren: So hat Gazprom für „Southstream“ bereits einen Liefervertrag mit Italien geschlossen, der durch einen Abzweig von Varna durch Griechenland und Albanien realisiert werden soll. Eine Einigkeit der EU über „Nabucco“ ist also keinesfalls gegeben. „Nabucco“ selbst wird jedoch nur dann rentabel sein, wenn das Gas einer Pipeline aus Iran via Täbriz im türkischen Erzerum an die Nabucco-Line angeschlossen wird, da sonst die volle Kapazität nicht erreicht werden kann. Kompensiert werden könnte dieses Defizit durch die Zulieferung von russischem Gas, was das politische Ziel – die Reduzierung der Abhängigkeit von Energie aus Russland – konterkarieren würde.
- Außerdem haben Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan langjährige und sehr voluminöse Lieferverträge mit China und vor allem mit Russland abgeschlossen, so dass schon deshalb die ausreichende Alimentierung von „Nabucco“ keinesfalls gesichert ist. Russland verfügt seinerseits jedoch über ausreichende Gasvorräte, um die Kapazität von „Southstream“ voll zu nutzen.⁷
- Ein weiterer Faktor könnte „Nabucco“ gefährden: Seit einiger Zeit verhandeln die größten Gasproduzenten der Welt über die Bildung eines Kartells der Erdgas produzierenden Staaten nach Vorbild der OPEC.⁸

Jenseits dieser Probleme haben beide Trassenführungen ein „Terrorismus“-Problem: Russland in Dagestan und vor allem in Tschetschenien, für den Westen geht es um die gespannten Beziehungen zum Iran und die nicht unproblematische Streckenführung durch die Kurdengebiete der Türkei sowie um die extrem instabile Situation im Kaukasus.

Das von der Bush-Regierung betriebene Projekt des „Greater Middle East“ erstreckt sich, ohne jemals genau definiert worden zu sein, von den westlichen Küsten Afrikas bis Südasien. Der spektakulärste Akt, der aus diesem Konzept resultierte, war der Krieg gegen den Irak, der im „Regime change“ in diesem Land gipfelte. Dieser ermöglichte mit Hilfe des von den USA durchgesetzten neuen Ölgesetzes den internationalen Konzernen den Zugriff auf die riesigen Ölreserven dieses Landes, die bis dahin staatlicher irakischer Kontrolle unterstanden.

Afghanistan, das erste Kriegsziel der USA nach den Anschlägen von 9/11, zeichnet sich durch seine geostrategische Lage aus, grenzt es doch an die ehemaligen südlichen Republiken der Sowjetunion, in denen der Islam – für die Herrschenden wie für die oppositionellen Kräfte – ein Legitimationsfaktor ist, der immer wichtiger wird. Zugleich grenzt es im Westen an den Iran, das einzige Land des „Greater Middle East“, das sich dem westlichen und US-amerikanischen Einfluss zu entziehen versucht und dank der weitgehenden Vernichtung der Staatlichkeit des Irak zur regionalen Großmacht aufgestiegen ist. Im Nordosten hat Afghanistan eine, wenn auch sehr kleine, gemeinsame Grenze mit China, der aufsteigenden neuen Großmacht. Als Nachbar Pakistans ist es, auch aufgrund der beiden Ländern gemeinsamen paschtunischen Bevölkerung und der Unterstützung islamistischer Militanz in Kaschmir durch den pakistanischen Geheimdienst ISI, mit dem pakistanisch-indischen Konflikt verbunden. Afghanistan ist unmittelbarer Nachbar der Atomwaffenstaaten Russland und China sowie der Atomwaffen besitzenden Staaten

⁷ Wolkowa, Irina: Wenn die Pipeline leer bleibt. Neues Deutschland, 2, Juni 2009.

⁸ Das letzte Treffen des „Forums der Gas exportierenden Länder“ fand am 30. November 2010 in Doha statt. Teilnehmer waren Algerien, Bolivien, Ägypten, Äquatorial-Guinea, Iran, Libyen, Nigeria, Qatar, Russland, Trinidad und Tobago und Venezuela. Mit Beobachter-Status nahmen teil: Kasachstan, Norwegen und Niederlande. (El Watan, Algier, 1. Dez. 2010).

Indien und Pakistan, die dem Atomwaffensperrvertrag NPT nicht beigetreten sind, und des Iran, der zwar NPT-Mitglied ist, dem jedoch ein Atomwaffenprogramm nachgesagt wird.

In der weltweiten Auseinandersetzung um die Kontrolle der Kohlenwasserstoffreserven nimmt Afghanistan einen zentralen Platz ein, auch wenn es selbst keine Erdöl- oder Erdgasvorräte besitzt: das zentrale Interesse der großen Mächte liegt am Ostufer des Kaspischen Meeres, in Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan. Der kürzeste Weg für den Gasexport führt über Afghanistan und Pakistan zum Arabischen Meer. Nach dem Rückzug und dem Kollaps der Sowjetunion begannen in den 1990er Jahren Verhandlungen des US-Ölkonzerns UNOCAL, der für mehrere US-Firmen sprach, mit dem Taliban-Regime über den Bau einer Pipeline; eine mögliche Route durch den Iran wurde aus politischen Gründen zugunsten der Passage durch Pakistan verworfen. Die von den Taliban geforderte Höhe der Gebühren ließ 1995 die Verhandlungen scheitern.

Laut einem Bericht der BBC hatten die USA bereits im Juli 2001 beschlossen, im Oktober Afghanistan anzugreifen.⁹ Da ereignete sich der Angriff von 9/11. In seiner Folge erklärte der Sicherheitsrat (Res. 1368, 12. Sept. 2001) die Anschläge zu einer Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und bekräftigte das Selbstverteidigungsrecht der Staaten nach Art. 51 der Charta. Afghanistan wurde nicht als Angreifer benannt, aber der NATO-Rat beschloss dennoch, den Anschlag als Angriffsfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags zu betrachten. Die USA begannen mit Großbritannien die „Operation Enduring Freedom“ (kurz: OEF), die nicht vom Sicherheitsrat beschlossen und keine NATO-Operation war.

Der afrikanische Raum

Mit der OEF begann der so genannte Krieg gegen den Terror auf globaler Ebene. Die Operation umfasst nicht nur Afghanistan, sondern auch das Horn von Afrika und den saharischen Raum. Rund die Hälfte des weltweit von Tankschiffen transportierten Öls wird entlang dem Horn von Afrika befördert. OEF, an der sich am Horn von Afrika auch Deutschland beteiligte, ist älter als das Piraterie-Problem vor der Küste Somalias. OEF dient der Sicherung der Straße von Hormuz (Öl aus Iran, Irak, den Emiraten, Saudi-Arabien) und des jemenitischen Bab Mandab am Ausgang des Roten Meeres (Öl aus Saudi-Arabien, Sudan). OEF verstärkt die US-Präsenz im Indischen Ozean und könnte als Aufmarschgebiet gegen den Iran genutzt werden. Wichtig ist ferner die Kontrolle der Ölexporte des Sudan, die zu 64 % nach China gehen.¹⁰

Zentral ist aus geostrategischer Sicht auch der Jemen. Seit dem Angriff durch ein mit Sprengstoff beladenes Boot auf das US-Kriegsschiff USS Cole im Hafen der jemenitischen Hauptstadt Aden am 12. Oktober 2000, bei dem 17 Angehörige der US Navy getötet und 39 verletzt wurden, betreiben die USA dort mit Hilfe von unbemannten Drohnen gezielte Tötungen.¹¹ Die „terroristische Bedrohung“ aus dem

⁹ Chossudovski, Michel: Global Brutal, Frankfurt/Main 2002, S. 390.

¹⁰ <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipg/03933.pdf> [29-11-10]

¹¹ In den von Wikileaks veröffentlichten Dokumenten zur US-Außenpolitik findet sich auch ein Hinweis auf ein Gespräch, das der damals die Region kommandierende US-General Petraeus mit dem jemenitischen Präsidenten Saleh führte. Dieser wörtlich: „Wir werden weiter sagen, dass es unsere

Jemen wurde allerdings erst in den letzten Monaten des Jahres 2010 mediatisiert, nachdem – aufgrund von Hinweisen des in die innerjemenitischen Auseinandersetzungen zutiefst verwickelten saudischen Geheimdienstes¹² – aus dem Jemen nach Chicago versandte Sprengstoffpakete entdeckt wurden. Ziel der USA ist es offensichtlich, die militärische Nutzung der jemenitischen Insel Socotra im Golf von Aden zu erlangen, deren Landebahn bereits für Langstreckenbomber des Typs B 52 ausgelegt ist.¹³ Bereits jetzt unterhalten die USA in Djibouti, gegenüber Bab Mandab am Ausgang des Roten Meeres, eine Basis mit rund 2.000 Soldaten. Dort unterhält auch Frankreich einen wichtigen Stützpunkt mit etwa gleich vielen Soldaten.

Neben den asiatischen Öl- und Gasfeldern ist der afrikanische Kontinent jüngst ins Fadenkreuz der großen Mächte geraten, da dort Lagerstätten des schwarzen Goldes noch nicht voll erschlossen sind und weitere Reserven vermutet werden. Afrika birgt weitere energetische Ressourcen wie Uran, aber auch Gold, Diamanten, Kupfer, das für Informationstechnologien unerlässliche Coltan usw. Um ihre Energieabhängigkeit von den asiatischen Staaten zu reduzieren, erklärten die USA im Jahre 2007¹⁴, dass sie ihre Importe aus Afrika von damals 13 % auf 25 % im Jahre 2013 steigern wollten und die Carter-Doktrin¹⁵ hinfort auch für Afrika gelte.¹⁶

Als Anlass für die Entwicklung einer Gesamtstrategie für Afrika diente die Entführung von 32 europäischen Sahara-Touristen im Frühjahr 2003. Die „terroristische“ Aktion, bei der eine der Entführten ihr Leben verlor, war offensichtlich eine vom algerischen Geheimdienst initiiert und unter Mitwisserschaft der CIA durch einen algerischen Agenten durchgeführt worden.¹⁷ Sie war die Begründung für die Einrichtung eines militärischen Oberkommandos für ganz Afrika, *Africom* (2007). Es hat zum Ziel, gemeinsam mit den an die Sahara grenzenden Staaten Terrorismusbekämpfung zu betreiben, richtet sich aber auf die Kontrolle des gesamten Kontinents mit seinen Ressourcen im Sahel, im Golf von Guinea und im südlichen Afrika: „Afrika wird für die USA eine ebenso wichtige Quelle für Energie-Importe sein wie der Mittlere Osten.“¹⁸ Und es geht keineswegs nur um die Erdöl- und Erdgas-Vorräte des

und nicht Ihre Bomben sind“ (FAZ, 30. Nov. 2010). Abgesehen von der Ungeheuerlichkeit, dass ein Staatschef die Militäraktionen eines fremden Staates auf seinem Territorium deckt und camouffiert, dürfte anzunehmen sein, dass die jemenitischen Behörden an der Zielsuche beteiligt waren und die gezielten Tötungen der USA für ihre Zwecke bei der Bekämpfung aufständischer Stämme instrumentalisierten.

¹² Hermann, Rainer: Machtkämpfe und Interessen. Die Beziehungen zwischen Jemen und Saudi-Arabien sind besonders komplex. In: FAZ, 26. Nov. 2010, S. 10.

¹³ Ebenda

¹⁴ FAZ, 24. April 2007.

¹⁵ In Reaktion auf die iranische Revolution hatte der damalige US-Präsident Jimmy Carter am 23. Januar 1980 vor dem Kongress erklärt: „Jeder Versuch einer fremden Macht, die Kontrolle über die Region am Persischen Golf zu erlangen, wird als Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten angesehen. Jeglicher Angriff dieser Art wird mit allen Mitteln zurückgeschlagen werden, auch mit militärischen.“

¹⁶ Volman, Daniel: The Scramble for African Oil; in: *New African*, Juli 2006. S. 20.

¹⁷ Ruf, Werner: Terrorismus und US-Geopolitik. Algeriens Rolle im Anti-Terrorkampf; in: INAMO Nr. 50, Sommer 2007, S. 37–40. Ders.: Terror, Geheimdienste und Geopolitik: Wie die Achse Washington – Algier Ressourcensicherung betreibt; in: Albrecht, Holger (Hrsg.): Der Vordere Orient. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 2007, S. 63–79. Vgl. auch Keenan, Jeremy: *The Dark Sahara. America's War on Terror in Africa*. London and New York 2009.

¹⁸ Penn, Dennis R. J.: USAFRICOM. The Militarization of U.S. Foreign Policy? In: *Joint Force Quarterly*, National Defense University; Nr. 4/2008, S. 74 – 79.

Kontinents, sondern auch um die riesigen Uran-Vorkommen in Niger¹⁹ und Namibia, die angesichts von Peak Oil zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Fazit

Der Begriff des Terrorismus scheint zu einem immer beliebigeren Etikett zu verkommen, wenn es darum geht, einen Gegner zu identifizieren, ihn moralisch zu verurteilen und mit allen Mitteln zu vernichten. Der Kampf oder Krieg gegen den Terror eröffnet zugleich das Feld für eine Debatte, mit der schwer erkämpfte zivilisatorische Errungenschaften wie beispielsweise das Kriegsvölkerrecht auf den Müllhaufen der Geschichte gekehrt werden sollen: Mit der Bezeichnung dieser Kriege als „asymmetrisch“ - was sie angesichts der Ungleichheit der Waffen tatsächlich sind – wird argumentiert, die Maßstäbe der Kriegsvölkerrechts und des humanitären Völkerrechts würden von der Gegenseite nicht respektiert und sollten deshalb auch seitens der Krieg führenden Staaten nicht mehr beachtet werden, eben um „Symmetrie“ herzustellen.²⁰ Die Kriegführung der USA und ihrer Alliierten im Irak, der NATO in Afghanistan, die gezielten Tötungen in Pakistan und Jemen (von Israel längst als Selbstverständlichkeit praktiziert) lassen erkennen, dass solche Überlegungen gängige Praxis geworden sind und von Wissenschaftlern, die dem Mainstream verpflichtet sind, ex post legitimiert werden.

Der „Krieg gegen den Terror“ kaschiert, dass es dabei nicht um Moral oder zivilisatorische Werte geht, sondern um den Zugriff auf Ressourcen, der entscheidend ist, um hegemoniale Vormachtstellungen zu sichern bzw. diese zu erkämpfen. Energie und die Kontrolle ihrer Verteilung ist letztlich das Fundament der industrialisierten Ökonomien – ganz gleich, welches ideologische Etikett sie sich geben. So scheint die US-Strategie darauf ausgerichtet, die EU und vor allem China durch Kontrolle der Energieproduzenten und der Transportwege in Abhängigkeit zu halten. Nur so ist – in zeitnaher Reaktion auf die Gründung von Africom – die von Frankreich geführte EUFOR-Intervention im Tschad zu verstehen, dessen Öl über eine Pipeline via Kamerun zum Golf von Guinea transportiert wird. In diesen Kontext gehören auch die beiden EU-Interventionen im Kongo. Es geht um die Stabilisierung der Position Frankreichs in seinem ehemaligen westafrikanischen Kolonialreich – und damit um den Einfluss der EU, deren Afrika-Politik letztlich in Paris gemacht wird.

Auch der Aufmarsch nahezu sämtlicher Kriegsflotten der mehr oder weniger großen Mächte (neben OEF und Atalanta China, Russland und Indien,) im Indischen Ozean kann nicht durch den Kampf gegen die (terroristischen) Piraten erklärt werden, sondern durch den Willen zur Energiesicherung, würde doch die Sperrung dieses Seegebiets für internationale Fischfangflotten und die Bergung der vor der somalischen Küste versenkten Giftmüllcontainer nur einen Bruchteil der militärischen Ausgaben erfordern.

¹⁹ Ruf, Werner: Ein noch nicht mediatisierter Konflikt: Niger. In: Ruf, Werner et al.: Militärinterventionen: Verheerend und völkerrechtswidrig. Berlin 2009, S. 191 – 203.

²⁰Münkler, Herfried: Asymmetrie und Kriegsvölkerrecht. Die Lehren des Sommerkrieges 2006, in: Die Friedenswarte, Bd. 81, Nr. 1 (2006), S. 59-65, hier S. 62.

Hinter der Fiktion, einen humanitär gewandeten Kampf gegen inhumanen „Terrorismus“ zu führen, verbirgt sich die Rückkehr der Geostrategie. Bei genauem Hinsehen entpuppt sich der Terrorismus als Vorwand – bis hin zu der Tatsache, dass, wie zumindest in Afrika belegbar, solcher „Terrorismus“ erst geschaffen werden muss, um den Grund für seine Bekämpfung zu liefern. Dass die asymmetrische Kriegführung, oft gegen archaische Stammesgesellschaften gerichtet, erst jene Akte politischer Gewalt produziert, die sich dann auch gegen westliche Metropolen richten, ist die perverse Logik der Verteidigung „unserer“ Sicherheit am Hindukusch: Der Hindukusch kommt zu „uns“.

www.werner-ruf.net